

Ergebnisse und Analyse einer Stichprobenerhebung

Die Erwerbspersonen und die Perspektiven des Ruhestandes – Ergebnisse und Analyse einer Stichprobenerhebung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (durch die EG-Kommission)

Eine für die knapp 200 Mio Einwohner, darunter rd. 100 Mio Erwerbspersonen, repräsentative Meinungsumfrage vom November 1977 kommt zu drei arbeitsmarktpolitisch wichtigen Ergebnissen:

- 1) 71 % der Bevölkerung und 72% der Erwerbspersonen sind-und zwar in allen Bevölkerungs und Altersgruppen und Ländern - für eine Übergangsphase zwischen Berufstätigkeit und völligem Ruhestand. Überdurchschnittlich befürwortet wird ein gleitender Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Dänemark.
- 2) Nach der Wahl zwischen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung bei besserer wirtschaftlicher Lage und verbesserten Lebensbedingungen befragt, sind 48% der Bevölkerung und 51% der Erwerbspersonen für Arbeitszeitverkürzungen, je 42% beider Gruppen für Lohnerhöhungen. Zwar erweist sich die Meinung der Europäer als geteilt, doch ist von den 100 Mio Erwerbspersonen die Überzahl der Meinung, daß eine Arbeitszeitverkürzung einer Erhöhung der Löhne vorzuziehen sei. Dieses Ergebnis gilt in der Summe aller Länder für alle Untergruppen, selbst für diejenigen mit den geringsten Einkommen.

In den Ländern Dänemark, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien und England spricht sich in dieser Reihenfolge eine Mehrheit für die Arbeitszeitverkürzung aus. Iren, Italiener und Luxemburger entscheiden sich klar für Lohnerhöhungen. Der jeweilige nationale Konsens richtet sich nicht nach der persönlichen Einkommensposition der Befragten, sondern nach dem Rang, den das Land, dem sie angehören, in der Einkommenshierarchie aller EG-Länder einnimmt.

- 3) Nach der Präferenz für eine bestimmte Form der Arbeitszeitverkürzung (ohne Lohneinbußen) befragt, ergibt sich folgendes Bild – in % –:

	Bevölkerung	Erwerbspersonen
Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit	33	37
Mehr Jahresurlaub	23	25
Früheres Rentenalter	38	33
Keine Meinung	6	5

Bei dieser Frage finden sich die stärksten gruppenspezifischen, altersmäßigen, lebensabschnittsbedingten und auch nationalen Unterschiede.

Nach: EG-Kommission: Die Erwerbspersonen und die Perspektiven des Ruhestandes, Brüssel 1978, besonders S. 34-43

Hinweise:

- 1) Eine international vergleichende Zusammenstellung unter dem Titel „Wie der Westen die Arbeitslosigkeit bekämpft“ findet sich in den IAO-Nachrichten Nr. 4, 1978, S. 6-9.
- 2) Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in ausgewählten Ländern, BMBW-Reihe „Bildungswesen im Vergleich“ Band 9, Bonn 1978.

Die gestiegene Zahl arbeitsloser Jugendlicher in den Industrieländern (Frankreich, England, Italien, Niederlande, Schweden, USA) sei nicht nur eine Folge der wirtschaftlichen Rezession, sondern hänge auch mit der Tatsache zusammen, daß mit den geburtenstarken Jahrgängen, die gegenwär-



tig die Schulen verlassen, besonders viele Jugendliche auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt drängen. Das hätte auch bei einem günstigeren Konjunkturverlauf eine erhebliche Ausweitung des Angebots an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erforderlich gemacht.

International von der Jugendarbeitslosigkeit besonders stark betroffen sind nach der Studie

- Berufsanfänger, die überhaupt noch nicht gearbeitet haben,
- Mädchen; ihre Arbeitslosenquote liegt im Schnitt meist doppelt so hoch wie die der jungen Männer,
- Jugendliche ohne Schulabschluß und/oder abgeschlossene Berufsausbildung.

Die verschiedenen Programme zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit haben dementsprechend das Ziel,

- den Bildungsstand und die berufliche Qualifikation anzuheben,
- mehr Hilfen bei der beruflichen Orientierung, Beratung und Vermittlung zu geben und
- die Beschäftigungssituation zu verbessern (befristete oder Dauerbeschäftigung).

Die Untersuchung zeigt allerdings auch, daß eine Fülle aufeinanderfolgender und sich zum Teil ergänzender Sonderprogramme gegen Arbeitslosigkeit nicht immer dauerhaften Erfolg hat, beispielsweise dann nicht, wenn solche Programme durch Gewährung von Zuschüssen auf die unmittelbare Eingliederung der Jugendlichen ins Erwerbsleben abzielen. Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sei in erster Linie eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik; das gilt auch für die Arbeitslosigkeit allgemein.

Aufgabe der Bildungspolitik ist es vor allem, jedem Jugendlichen als Voraussetzung für eine sinnvolle und möglichst krisenfeste Beschäftigung den Abschluß einer allgemeinbildenden Schule und eine qualifizierende Berufsausbildung zu ermöglichen.

Von besonderer Bedeutung für den Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem ist dabei die mehrjährige Ausbildungsbeziehung zwischen den Jugendlichen und dem Ausbildungsbetrieb. Diese Erkenntnis ist ein wesentlicher Grund für die Tatsache, daß im Ausland das Interesse an der spezifisch deutschen Form der Berufsausbildung im dualen System (Betrieb/Schule) wächst.

Wie die Maßnahmen in Schweden und Frankreich zeigen, ist es darüber hinaus wichtig, die Jugendlichen noch während des Schulbesuchs in besonderem Maße für eine berufliche Ausbildung zu motivieren. In diesen beiden Ländern geschieht das unter anderem dadurch, daß berufsbezogene Themen im Unterricht behandelt und „Arbeitsmarkttag“ veranstaltet werden, an denen die künftigen Schulabgänger mit den Arbeitsverhältnissen in den Betrieben vertraut gemacht werden.

Nach: Sozialpolitische Umschau Nr. 163, 78 vom 27. 10. 1978

